

Doppelhaushalt 2003/4

Sozialkürzungen und Luxusprojekte

Konstanz. Mit großer Mehrheit hat der Konstanzer Gemeinderat am 20. März einen weiteren Doppelhaushalt für die kommenden beiden Jahre verabschiedet, trotz aller Fragezeichen, die die lahrende Konjunktur und die ungewisse Zukunft der Finanzierung der Kommunalfinanzen aufwirft.

Das von der Stadtverwaltung vorgelegte Zahlenwerk enthält deutliche Anzeichen, daß die Finanznot, unter der bundesdeutsche Kommunen stöhnen, inzwischen auch Konstanz erreicht hat. Der erste Verwaltungsentwurf war von vorneherein Makulatur, weil darin unter dem Strich noch nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Zuführungsrate an den Vermö-

genshaushalt herausgekommen wäre. Offensichtlich wollte man dem Gemeinderat so den schwarzen Peter für anstehende Kürzungen zuschieben.

Und die Mehrheit der Räte ließ sich da nicht lumpen. Zusammengestrichen wurde, wie gehabt, wieder einmal ausgiebig im sozialen und kulturellen Bereich. So kürzte man Zuschüsse für den Kulturladen, das Stadttheater, den Jugendtreff Berchen. Als besonders dreist muß die Streichung des Zuschusses an die spitalischen Altenheime in Höhe von 102 000 € gelten.

Die äußerst aktive Flüchtlingsbetreuungsinitiative „Hand in Hand“, in
Fortsetzung auf Seite 2

OB-Wahlen in Lörrach

17,6 Prozent für PDS-Partei- vize Diether Dehm

Lörrach. Nicht als Aprilscherz sondern als Vorbote für die Kommunalwahl im nächsten Jahr sieht Bernhard Strasdeit vom PDS-Landesvorstand Baden-Württemberg den Ausgang der Oberbürgermeisterwahl in Lörrach.

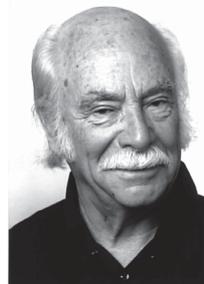
Die Lörracher PDS-Gruppe schickte den stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Diether Dehm ins Rennen. In einem kurzen aber heftigen Wahlkampf stritt er für Verkehrsberuhigung, eine Kulturmeile, den Erhalt der Musikschule und gegen soziale Ausgrenzung. Er legte dar, wie eng radikale Kapitalismuskritik und Angebote an Gewerbetreibende beieinander liegen können. Zusammenarbeit gab es in Lörrach – nicht erst im Wahlkampf – mit linken Grünen, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, mit attac-Leuten und der Friedensbewegung.

Mit 17,6 % erreichte Diether Dehm Platz zwei und damit das bislang beste Ergebnis eines PDS-Kandidaten im Westen. 60,3 Prozent der

Stimmen erhielt die Amtsinhaberin. Die Wahlbeteiligung von nur 34,1 % wirft einen Schatten auf diesen Wahlsieg. Ohne Dehms Kandidatur hätte sich die Wahlmüdigkeit wohl noch dramatischer ausgewirkt. Die Verantwortung für die miserable Beteiligung haben die Parteien, die nur noch ein Credo kennen: Deregulierung, Privatisierung, Sozialabbau.

Daß ein PDS-Mann in das Wählerpektrum von SPD und Grünen ausstrahlt, sehen viele als die eigentliche Sensation. Michael Moos, Stadtrat der Linken Liste in der benachbarten Großstadt Freiburg, hatte dort im letzten Jahr als Oberbürgermeisterkandidat 14,2% der Stimmen erreicht, in Konkurrenz zu CDU, SPD und Grünen. Im Jahr 1999 hatte die PDS erstmals kommunale Mandate in Stuttgart, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz und Tübingen errungen.

Des zeigt: Sozialistische Politik hat eine Chance, wenn sie vor Ort, in der Kommune umgesetzt wird. Im Juni nächsten Jahres sind in Baden-Württemberg – zeitgleich zu den Europawahlen – Kommunalwahlen. Wo die PDS präsent ist, wird sie dafür sorgen, dass linke Alternativen wählbar werden. *PDS-Landesvorstand*



Im
übrigen
meine
ich...

USA: Gefangen in der Bush-Falle

Nach dem Einmarsch der Deutschen in Österreich, der von den Landsleuten Hitlers – wie bekannt – mit frenetischer Begeisterung begrüßt wurde, hat der wortgewaltige Karl Kraus das denkwürdige Wort geprägt: „Zu Hitler fällt mir nichts mehr ein“. Zum 1. Weltkrieg, zum Kaiserreich und der K.u.K.-Monarchie fiel ihm immerhin noch so ein grandioses Werk wie die „letzten Tage der Menschheit“ ein. Daran muß ich in diesen Tagen der eben eingeleiteten Zerstörung Iraks denken. Abgesehen davon, daß dieser verbrecherische Krieg von ungezählten Deutungen, Kommentaren und Analysen begleitet wird, die zu (fast) ebenso vielen Wiederholungen notwendigerweise führen müssen (da diese Zeugnisse ganz überwiegend von einem Geist der Empörung und der Anklage gegen die verbrecherische Bush-Cheney-Rumsfeld und Wolfowitz-Gang getragen sind, ist das ja gut so) also abgesehen davon, daß es kaum eine Überlegung gibt, die nicht schon irgendwo geäußert wurde, ist meines Erachtens die adäquate Reaktion in dieser Situation der ohnmächtigen Wut, das Verstummten. So habe ich aus meinem kleinen Umfeld erfahren, daß einige Frauen beim Bekanntwerden der ersten Bombenangriffe in verzweifelter Weinen und Schluchzen ausbrachen.

Mir ist, als ein Mann, der in seiner frühen Jugend schon unter den bestimmenden Einfluss britischer Wertvorstellungen geriet, dieser Ausweg

Fortsetzung auf Seite 8

Sozalkürzungen und...

Fortsetzung von Seite 1

deren Glanz sich auch der OB gerne sonnt, hatte 30 000 € beantragt und ging komplett leer aus.

Gar nicht sparsam zeigte sich die Ratsmehrheit jedoch bei den geliebten Luxussanierungsprojekten, in die weiterhin Millionen gepumpt werden sollen.

Wir veröffentlichen im folgenden die Haushaltsrede der PDS/LL-Stadträtin Monika Schickel, die den Haushalt aus all diesen Gründen abgelehnt hat.

jü



Haushaltsrede von Monika Schickel, Stadträtin der PDS/LL

Die Verabschiedung eines Doppelhaushalts ist undemokratisch und in der jetzigen Lage unsinnig, weil in der wirtschaftlich-konjunkturellen Situation es eher ein Ratespiel ist, wie im Jahr 2004 der Haushalt aussehen soll.

Das auch noch im Besonderen deshalb, weil die Bundesregierung eine Kommission eingesetzt hat zur Reform der Kommunalfinanzen und der Bundeskanzler in seiner Rede vom vergangenen Freitag weitgehende Veränderungen ankündigte u.a. bei der Gewerbesteuer.

Da frage ich mich, wie die Stadtverwaltung annimmt, dass es im Jahr 2004 ein Plus von 7.000.000 Euro bei der Gewerbesteuer geben soll.

Angesichts der Politik der vergangenen Jahre, in denen den Kommunen laufend neue Aufgaben aufgebürdet wurden bei gleichzeitiger Mittelkür-

zung (siehe aktuell kommunaler Finanzausgleich: Rückgang der Mittel für 2003 um ca. 380.000 Euro, 2004 um 1,6 Millionen Euro) habe ich kein Vertrauen in die angekündigten Änderungen der Bundesregierung.

Deshalb kann man keinen **soliden** Haushalt über 2 Jahre erstellen.

Dieser Haushalt setzt die falschen Akzente.

Ich finde es – gelinde gesagt – merkwürdig, dass die Verwaltung einen Haushaltsentwurf vorlegte, von dem sie wissen musste, dass das Regierungspräsidium ihn nicht genehmigen kann, da er die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt.

Um die Pflichtzuführungsrate an den Vermögenshaushalt leisten zu können, versuchte die Verwaltung in den Ausschüssen mit den Vertretern der Fraktionen, die verfahren Situation in den Griff zu bekommen: gespart wird vorwiegend im sozialen und kulturellen Bereich.

Hierzu einige Beispiele aus dem Verwaltungshaushalt:

	2003	2004
Kulturladen	-20.000	-20.000
Stadttheater	-180.000	—
Versorgung gerontopsychisch Erkrankter	-5.600	-5.600
Jugendtreff Berchen	-5.000	-5.000
Streichung des Zuschusses an die spitalischen Altenheime	-102.250	-102.250

„Hand in Hand international e.V.“ hatte 30.000 Euro beantragt und erhält nichts, trotz großen Engagements der SPD.

Und so weiter ...

Die Erhöhung der Grundsteuer wird von gewerblichen Hausbesitzern voll auf die Nebenkosten umgelegt, die Zeche dafür zahlen die Mieter und die „Häuslebauer“, auch das ein Beispiel für die Schiefelage dieses Haushalts.

Die Einnahmenseite des Haushalts sieht alles andere als rosig aus:

Einkommensteueranteil	- 1,5 Mio
Umsatzsteueranteil	-51.000
Finanzausgleich	-385.000
Investitionspauschale	-314.000
Kreisumlage-Abführung	+3,38 Mio

Die Gewerbesteuerprognose mit plus 9,5 Millionen Euro halte ich für äußerst kühn!

Um das ganze noch zu vertiefen ein paar Eckpunkte aus dem Vermögenshaushalt (in Millionen Euro):

	Gesamtaufwand bis 2008	2003	2004
Schulen	13,3	1,1	1,8
Soziale Sicherung	7,0	0,7	0,7
Gesundheit, Sport, Erfolg.	33,0	7,9	2,8
Sporthalle Schänzle	7,2	2,0	0,5
Klinikum	11	10,5	
Bodenseearena	4,1	4,1	
Entschuldung Wohnungsbauförderung	3,3	0,7	0,4
Wohnungsfürsorge Sanierungsgebiete	27,4	2,9	2,6
Entwicklungsmaßnahmen Straßenbau ¹	50	4,9	2,8

1. davon bereitgestellt 21,6, Rest 28,4

Diese Liste ist nur ein kleiner Auszug, aber, wie ich meine, beispielhaft.

Parallel dazu wird über das „Bodenseeforum“ verhandelt, das nach Fertigstellung im derzeitigen Entwurf den Haushalt der Stadt mit mehreren Millionen Euro jährlich belasten würde nur für Zins und Tilgung, ohne Kosten für Zuschüsse, die sicher noch dazu kämen!

Für mich müsste ein Haushalt genau umgekehrt angelegt sein und der Schwerpunkt auf dem Ausbau sozialer Infrastruktur liegen.

Hafenmeilen und „Glitzerpassagen“ sind zwar schön, aber angesichts extrem knapper Kassen sind die Anliegen von Menschen mit existenziellen Problemen vorrangig.

Wir brauchen dringend erschwinglichen Wohnraum

Wir brauchen dringend Bewohner- und Jugendzentren (z.B. sozialer Brennpunkt Berchengebiet)

Wir brauchen dringend Pflegeplätze für pflegebedürftige alte Menschen

Wir brauchen dringend Kindergarten- und Kindertagesplätze

All diesen Anforderungen wird der vorliegende Haushaltsplan nicht gerecht, deshalb lehne ich ihn ab.

IMPRESSUM

SEEBLÄTTELE, herausgegeben von der PDS/Linke Liste Konstanz. V.i.S.d.P.: M. Venedey, Jakobstrasse 81b, 78464 Konstanz
Zuschriften, Leserbriefe, Stellungnahmen, Kritik an Fax: 0 75 31-95 85 27, E-Mail: getedok@t-online.de

Resolution

Gemeinderat einstimmig gegen den Irak-Krieg

Auf seiner Sitzung am 20. März hat der Konstanzer Gemeinderat einstimmig eine Resolution gegen den in der Nacht zuvor begonnenen Irak-Krieg gefaßt.

Der Beschluß kam gewissermaßen im zweiten Anlauf zustande, nachdem die PDS/LL-Stadträtin Monika Schickel schon vor der Gemeinderatssitzung im Februar Oberbürgermeister Horst Frank gebeten hatte, das Thema auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Frank lehnte dies mit

dem Hinweis ab, die Befassung des Stadtrats mit einem solchen Thema sei rechtswidrig.

Vor der Sitzung am 20. März unternahm dann Monika Schickel einen erneuten Vorstoß für eine Antikriegs-Resolution, diesmal erfolgreich, die Verwaltung legte einen Abstimmungs-Entwurf vor. Der Sinneswandel des OB mag einerseits damit zusammenhängen, daß mittlerweile mehrere baden-württembergische Kommunen eine Antikriegserklärung

abgegeben hatten, andererseits hat es auch in der FGL Bestrebungen dafür gegeben. PDS/LL-Gemeinderätin hat der im folgenden abgedruckten Resolution nach eigenen Worten trotz Bedenken zugestimmt, da er ihr nicht weitgehend genug war.

Wir dokumentieren außerdem den „Prignitzer Appell“ an die Bundesregierung, den inzwischen vor allem in den neuen Bundesländern mehr als 1000 kommunale Mandatsträger unterzeichnet haben

jüg

Resolution des Gemeinderates der Stadt Konstanz gegen einen Irak-Krieg

Mit der vorliegenden Resolution will der Konstanzer Gemeinderat nachdrücklich alle Bemühungen unterstützen, den Krieg gegen den Irak zu beenden. Diese Erklärung ist Ausdruck eines tief empfundenen Bedürfnisses der Konstanzer Bevölkerung, sowie der politisch Verantwortlichen in unserer Stadt, da wir das Existenzrecht vieler Menschen gefährdet sehen.

Wir appellieren an alle politische und militärische Verantwortung tragenden Frauen und Männer in Europa, in den USA, im Nahen Osten und in allen anderen Teilen dieser Welt, sich für eine unverzügliche Beendigung des Krieges zu engagieren und sämtliche nicht kriegerische Möglichkeiten auszunutzen, um die Entwaffnung des Irak auf der Grundlage der geltenden UNO-Resolution zu erreichen und den internationalen Waffeninspektoren die erforderliche Zeit für ihre schwierige Aufgabe zu geben.

Diktatoren wie Saddam Hussein müssen wirksam und bestimmt in ihre Schranken verwiesen werden und es muss unser aller Ziel sein, diktatorische Regime aus dieser Welt zu verbannen. Ein Krieg aber, bei dem auf beiden Seiten tausende von Soldaten getötet werden und zahllose unschuldige Opfer in der Zivilbevölkerung zu beklagen sein werden, kann nur das allerletzte Mittel zur Lösung der Probleme sein. Einen Krieg ohne UNO-Mandat verurteilen wir.

Wir Deutsche haben den Amerikanern viel zu verdanken und sind uns dieser Dankesschuld nach wie vor bewusst. Wenn wir in diesen Tagen gegen eine kriegerische Auseinandersetzung im Irak sind, so schmälert das nicht unsere Sympathie zum amerikanischen Volk.

Am 20. März 2003 einstimmig vom Gemeinderat Konstanz verabschiedet

„Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Offener Brief kommunaler Abgeordneter an den Bundeskanzler

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Gerhard Schröder, im öffentlichen Verständnis sind kommunale Abgeordnete für die Probleme vor Ort zuständig – in den Gemeinden, Städten oder Kreisen – und die Bundesregierung für das „große Ganze“, wozu auch die Außenpolitik gehört. In den letzten Jahren haben wir jedoch immer mehr die Erfahrung gemacht, dass diese Arbeitsteilung so nicht stimmt, dass Entscheidungen, die oben getroffen werden, in vielfacher Hinsicht kommunale Belange direkt berühren. Dies gilt für die Steuer- und Finanzpolitik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und vieles mehr.

Wir kommunalen Abgeordneten haben uns jetzt vorgenommen, uns nunmehr auch in das „große Ganze“, auch in die Außenpolitik einzumischen und uns dafür das Motto Ihres namhaften sozialdemokratischen Vorgängers im Amt, Willy Brandt, zu eigen gemacht: „Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben im Wahlkampf unmissverständlich klar gestellt: Deutschland wird sich an einem Krieg gegen den Irak nicht beteiligen. Viele von uns gehören der älteren Generation an und wissen aus eigenem Erleben, was Krieg bedeutet. Und auch den Jüngeren stehen die täglichen Fernsehbilder von Krieg, Gewalt und Not vor Augen. Deshalb waren wir – unabhängig der parteipolitischen Orientierung – durch Ihre Aussage beruhigt. Nun lesen wir täglich, welch hoher Druck von amerikanischer Politik auf Deutschland ausgeht und wissen, dass auch CDU und FDP es gern sehen würden, dass die Bundesregierung von dieser Aussage abrückt. Wir bitten Sie, dies nicht zu tun und Deutschland nicht – auch nicht indirekt – in einen Krieg hinein ziehen zu lassen.

Wir sind kommunale Abgeordnete in den neuen Bundesländern, die Mehrheit von uns ist in diesem Teil Deutschlands aufgewachsen. Deswegen werden Sie verstehen, dass neben dem Grundgesetz für uns der Zwei-plus-Vier-Vertrag eine besondere Bedeutung hat. In diesem Vertrag, der die Einheit und volle Souveränität Deutschlands im September 1990 besiegelte, bekräftigten beide deutschen Staaten die Erklärung, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“

Prignitzer Appell

Wir, die UnterzeichnerInnen, appellieren an die Bundesregierung, ► den Vereinigten Staaten für den Fall eines Krieges gegen den Irak keine Überflugrechte für Militärflugzeuge über deutsches Territorium zu gestatten und ebenfalls nicht zuzulassen, dass amerikanische Militärbasen in Deutschland für den Krieg genutzt werden.

Der Artikel 26 des Grundgesetzes, der Zwei-plus-Vier-Vertrag und ebenso die Charta der Vereinten Nationen begründen dieses rechtliche Verständnis.

► ein deutliches Zeichen gegen den Krieg zu setzen und die ABC-Spürpanzer aus dem Kuwait zurück zu ziehen.



Bodensee-Ostermarsch am 19.4.



Tag X in Konstanz (Bilder: www.schriftbild.com)

„Eine friedliche Welt ist möglich“

Mehr als 500 Menschen folgten am „Tag X“, dem Beginn des Krieges gegen den Irak, dem Aufruf des Konstanzer Netzwerks gegen Rechts, und demonstrierten auf der Konstanzer Marktstätte gegen den Krieg des Bush-Regimes. Am 15. Februar, dem internationalen Aktionstag gegen den Krieg, hatten sich mehr als 3000 Menschen an der größten Demonstration seit Menschengedenken in der Konzilstadt beteiligt. Dazu kamen zahlreiche Aktionen, insbe-

sondere von Schülern und Studenten.

Inzwischen bereitet ein Bündnis, an dem unter anderem das Netzwerk, die Konstanzer Friedensinitiative, die Friedensinitiative Überlingen-Stockach, attac Singen und Konstanz sowie das DGB-Ortskartell beteiligt sind, den internationalen Bodensee-Ostermarsch vor, der am 19. April in Konstanz stattfinden wird.

Mit von der Partei sind auch Schweizer Gruppen, darunter die frisch aus der Taufe gehobene „Alternative sozialistische Friedensbewegung“ einer Gruppe von Kreuzlinger SchülerInnen.

Unter dem Motto: „Eine friedliche Welt ist möglich“ – Kein Krieg im Irak und anderswo! Internationale Solidarität für eine gerechte Welt!“ rufen die Veranstalter dazu auf, am Ostersonntag ein Zeichen gegen den Krieg zu setzen. Mittlerweile zeichnet sich eine große Zahl von Unterstützern rund um den See, auch aus der Schweiz und Österreich ab. *red*

12. Internationaler Bodensee Ostermarsch 2003

Eine friedliche Welt ist möglich!

Demonstration am Ostersonntag, den 19. April 2003
11.00 Uhr, auf der Marktstätte, Konstanz

Kundgebung:
12.00 Uhr, Stadtgarten, Konstanz
mit Kultur- und Konzertprogramm

Es sprechen:
Beat Dietschy aus der Schweiz
Sabine Mandak aus Österreich
Tobias Pflüger aus Deutschland



Veranstaltung mit Felicia Langer

Solidaritätsbewegung mit Palästina und israelischen Friedenskräften stärken

Die aktuelle Lage in Israel und Palästina sowie Fragen nach den Perspektiven einer friedlichen Lösung des Konfliktes im Schatten eines Irak-Krieges waren in diesen Tagen Thema eines Vortrags der Juristin und alternativen Nobelpreisträgerin Felicia Langer in Konstanz. Die israelische Menschenrechtsanwältin, die mehr als 20 Jahre lang Palästinenser in Verfahren vor israelischen Militärgerichten verteidigte, war auf Einladung des Netzwerks gegen Rechts und der Palästinensischen Gemeinde nach Konstanz gekommen. Als Überlebende des Holocaust waren sie und ihr Mann 1950 nach Israel ausgewandert. Im dritten Jahr der Intifada schloss Frau Langer aus Protest gegen das israelische Rechtssystem ihre Anwaltspraxis und siedelte 1990 nach Deutschland über, von wo aus sie auch mit Publikationen weiter für die Rechte der Palästinenser kämpft. Das Motto ihres Vortrags „Quo Vadis Israel“ ist auch Titel und Thema ihres jüngsten Buches.

Engagiert und eindringlich forderte Frau Langer, auf Israel Druck auszuüben, um eine Änderung der Politik gegenüber den Palästinensern und damit letztendlich eine friedliche Entwicklung zu erreichen. Die Internationale Solidarität hierfür sei umso notwendiger, als es in den besetzten palästinensischen Gebieten gegenwärtig die „letzte Apartheid-Situation in der Welt“ gebe. Israel missachte seit Jahrzehnten alle UNO-Resolutionen, die auch die Räumung palästinensischer Gebiete verlangten, ohne daß dies bis heute zu Konsequenzen geführt habe. Jüngstes Beispiel sei der Beschluss des UNO-Sicherheitsrates gewesen, nach dem Massaker im Flüchtlingslager Jenin eine Untersuchungskommission zu entsenden. Nach der Ablehnung durch Israel sei überhaupt nichts passiert – für die Palästinenser der Beweis, daß die UNO sie nicht schützen könne.

Mit Dias belegte Frau Langer das brutale Vorgehen der israelischen Regierung, dessen Folge immer wieder

zahlreiche Todesopfer bis zu Babys und schwangeren Frauen, die willkürliche Zerstörung von bisher mehr als 3 000 Häusern im Gaza-Streifen, die Vernichtung der palästinensischen Infrastruktur, selbst von Krankenhäusern und Kulturdenkmälern seien. Zur Zeit gebe es mehr als 8 000 palästinensische Gefangene ohne jede rechtliche Betreuung

Die wirtschaftliche Lage der palästinensischen Bevölkerung sei katastrophal. 70 Prozent der Menschen in der Westbank und Gaza lebten unter der Armutsgrenze, 60 Prozent seien arbeitslos, 30 Prozent der Kinder unter 5 Jahren unterernährt. Durch die Zerstörung von Olivenbäumen und den Raub der Ernte durch israelische Siedler werde die Existenz der Menschen bedroht. „Das haben wir gemacht. Und die Welt schweigt“, sagte die israelische Juristin. Was Israel begehe, sei ein Kriegsverbrechen, eine „teuflische Methode, die >Menschen total zu zermürben.“

Ihr Anliegen sei es, erklärte Frau Langer, das Schweigen über diese Dinge zu brechen, die „im Windschatten der Kriegstreiberei der Amerikaner“ geschähen. Auch die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen seien nur durch amerikanische Unterstützung möglich geworden.

Diese israelische Politik der Zermürbung und >Unterdrückung sei es, die zu Verzweiflung und letztlich zum Terror von Seiten der Palästinenser führe. Sie verurteile die Anschläge gegen israelische Zivilisten auf das Schärfste und betraue die Opfer dieser Politik, die ihren Ursprung darin habe, daß „wir die Pforte zum Tor des Lebens der Palästinenser total abriegelt haben“. Israel sei die fünftgrößte Militärmacht der Welt mit ABC-Waffen. Aber die Politik der Regierung führe auch dazu, daß die israelische Bevölkerung in Angst lebe. „Man muß den Habenichtsen ihre Rechte geben, damit kann man diesen Zustand ändern.“ Dann könnten beide

Völker und zwei Staaten in Frieden miteinander leben.

Wer behaupte, daß man die völkerrechtswidrigen Handlungen Israels nicht anprangern dürfe, weil das antisemitisch sei, „der lügt“, um die Stimme der Kritik zum Schweigen zu bringen“, betonte Frau Langer. Die Deutschen müssten gerade wegen ihrer Vergangenheit jedes Zeichen von Fremdenhass und Menschenrechts-



Journalistin, Menschenrechtsanwältin und Trägerin des alternativen Nobelpreises: Felicia Langer

verletzung anprangern. „Die besten unserer Söhne und Töchter Israels wenden sich an die Welt, ihre Solidarität mit den Opfern auszudrücken.“

So wie die weltweiten Solidaritätskundgebungen für den Frieden im Zusammenhang mit dem Irakkrieg müsse auch eine Solidaritätsbewegung mit den Palästinensern und den israelischen Friedenskräften entstehen, sagte die Anwältin in der anschließenden Diskussion. Auch wenn jetzt angesichts der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten eine schwere Zeit bevorstehe, so werde ein Imperium, auf Bomben gebaut, nicht immer bestehen bleiben. Das was Bush zusammen mit Sharon und der Rüstungslobby betreibe, könne nicht ewig dauern.

eb

EUCOM (um)schlossen

„Der Krieg gegen die irakischen Menschen ist ein Verbrechen!“

Über 6000 Menschen haben sich am 29. März nach Angaben des veranstaltenden Friedensnetzes Baden-Württemberg an einer Aktion gegen das europäische US-Hauptquartier EUCOM beteiligt. Der US-Stützpunkt in Stuttgart-Vaihingen, von dem aus der Irak-Krieg wesentlich vorbereitet wurde und geführt wird, wurde von den Kriegsgegner (um)schlossen. Hauptforderungen waren: Nein zum Krieg gegen den Irak, keine aktive und passive Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg, für Abrüstung und aktive Friedenspolitik statt Sozialabbau An der Abschlusskundgebung beteiligten sich 10.000. Hauptrednerin dort war Anne Rieger, Sprecherin des Bundesausschuss Friedensratschlag und Landessprecherin der VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg.

Liebe Friedenfreundinnen, liebe Friedensfreunde, „Frieden – ein Zeichen für Bildung“ unter diesem Motto protestierten vor zwei Tagen in Dresden 10 000 Schülerinnen und Schüler. „Bücher statt Bomben“ forderten gestern 3500 SchülerInnen in Karlsruhe. Von allen Straßen, Plätzen und Schulhöfen schallt es: Der Krieg gegen die irakischen Menschen ist ein Verbrechen! Der Krieg ist völkerrechtlich nicht legitimiert! Er trifft vor allem die Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder und ältere Menschen. Der Krieg muss sofort beendet werden!

Kinder und Jugendliche sind es, die in den letzten Tagen zu Hundertausenden auf den Straßen unseres Landes demonstriert haben, Sie lassen sich nicht einschüchtern von unverständigen Lehrern oder Rektoren, die ihnen ihr demokratisches Recht auf Demonstrationsfreiheit nehmen wollen. Wir sind stolz auf die mutige, friedensliebende Jugend unseres Landes.

Teile von Bagdad, Basra, Mossul, Kerbala, Nadschaf und anderen Städten brennen. Tausende sind auf der Flucht! Raketen auf einen belebten Marktplatz in Bagdad, 53 Tote, hunderte Verletzte, Kinder mit Splintern im Bauch Die Menschen in Basra werden verdursten – Die Bush-Administration ließ ihnen die Wasserversor-

gung zerbomben! Ich bezweifle, dass die Demokratie mit Marschflugkörpern durchgesetzt werden kann!

In der ersten Nacht dieses mörderischen Krieges ließ die Bush-Administration die Menschen für 60 Mio Dollar bombardieren. Die enormen Druckwellen von Bomben und Raketen zerstörten die Häuser der zivilen Bevölkerung, verwundeten die Menschen, traumatisierten sie.

Für den Preis dieser Bomben der ersten Nacht hätten 60 000 Menschen einen Monat lang ernährt werden können.

Heute erleben wir den 9. Tag dieses verbrecherischen Krieges. Hunderte tote Zivilisten und Soldaten, Splitterbomben bunkerbrechende Bomben.

Krieg ist Terror! Die Verantwortlichen müssen international zu Rechenschaft gezogen werden!

Was haben die Menschen der Bush-Administration angetan, was den hinter ihr stehenden Öl- und Rüstungskonzernen,

dass sie zur Zielscheibe ihrer Bomben und Raketen, zum Übungsfeld ihrer tödlichen Militärtechnik werden? Ihr einziges Vergehen ist es, auf einem Boden zu leben, unter dem riesige Ölseen lagern und dass sie nicht bereit sind, diese unermesslichen Ölreserven, diesen Reichtum den amerikanischen und internationalen Ölkonzernen auszuliefern.

Dieser Krieg ist kein Krieg gegen den Regierungschef des Irak, gegen Saddam Hussein. Bis zur Annektion Kuwaits im August 1990 war er ein vom Westen geschätzter Partner – obwohl seine Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung bekannt waren. Er wurde – wie Osama Bin Laden – von der US-Regierung gesponsert. Er wurde mit Waffen ausgerüstet und mit deutschem Giftgas beliefert, um im Interesse der Ölkonzerne und der US-Geostrategie, Krieg gegen den Iran zu führen – um beide ölreichen Staaten zu destabilisieren.

Es ist auch deswegen kein Krieg gegen Saddam Hussein, weil man mit Bomben keinen Regierungschef findet, gefangen nimmt oder tötet. Im Krieg sterben zuallererst die Zivilisten, die unschuldigen, die Ärmsten, die, die keine Bunker, keine republikanischen Gärten haben, die sie schüt-

zen, deren Häuser zuerst brennen oder durch Druckwellen zerfallen

Der Krieg der Bush-Administration und der hinter ihr stehenden Öl- und Rüstungskonzerne ist ein Krieg gegen die Menschen, die im Irak leben, er ist das brutale Zerstören ihrer Häuser, ihrer Infrastruktur, ihrer Wasserwerke, ihrer Krankenhäuser, ihrer gesamten Lebensgrundlage.

Krieg ist die größte humanitäre Katastrophe! Deswegen lehnen wir jeden Krieg ab! Wer erinnert sich nicht an die Bilder der brennenden Ölfabriken in Jugoslawien, der bombardierten Flüchtlingstrecks, der zerstörten chinesische Botschaft, des zerstörten Fernsehsender in Belgrad und der dabei ermordeten Fernsehreporter und Angestellten der Sendeanstalt, der völlig zerstörten Stadt Kabul in Afghanistan.

Damals hatte man uns gesagt, die Bomber der Nato und der USA würden „nur“ sogenannte saubere chirurgische Schläge führen, die die Menschen nicht treffen. Wenig später wurden uns täglich die sogenannten Kollateralschäden gezeigt, bei denen Menschen umgebracht, Brücken, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Krankenhäuser und Lager des roten Kreuzes zerstört wurden.

Jetzt wieder die tägliche, unsäglich 24stündige Kriegsberichterstattung aus der ölreichen, geostrategisch wichtigen Region am persischen Golf. Wir glauben dieser Kriegsberichterstattung kein Wort und kein Bild.

Die wahren Bilder des Krieges sind nicht startende Jets, grün phosphorisierende Nachtsichten, Militärkarten oder die letzten Videobilder ferngesteuerter Waffen vor ihrem zerstörerischen Einschlag.

Die wahren Kriegsbilder sind Kinder, die um ihre verlorenen Müttern weinen, flüchtende und alte Menschen, die in den Trümmern nach Überlebenden suchen.

Als erstes stirbt im Krieg immer die Wahrheit. Das haben uns alle Kriege gelehrt!

Wer ist denn Mr. Bush, dass er sich anmaßt, der Bevölkerung eines Staates seine Regierungsform vorzuschreiben. Was würde Mr. Bush sagen, wenn Indien oder China seine Truppen um die USA aufmarschieren lassen würde,

um die amerikanische Bevölkerung von ihrem Regierungschef zu befreien, weil 5 Mio US-Amerikaner in Gefängnissen leben? Weil Mr. Bush die weltweit meisten Massenvernichtungswaffen besitzt? Weil er einen Zusatzetat für diesen Krieg beantragt hat, der das 1,5-fache des amerikanischen Bildungshaushaltes beträgt?

Wer ist dieser Mr. Bush? Er ist ein Vasall der Ölindustrie. In der Financial Times Deutschland gestern war zu lesen: Zitat: „Kaum sind die alliierten Truppen weitergezogen, sind US-Firmen zur Stelle, um die verlassenen Ölförderanlagen in Südirak wieder herzustellen. Der Bevölkerung in den Dörfern und Städten entlang der Marschroute wird dagegen weniger schnell geholfen.“ Zitat Ende.

Wofür sind die jungen amerikanischen und britischen Soldaten in diesem Krieg gestorben, und werden noch sterben? wofür sterben die irakischen Menschen? Für nichts anderes als die Habgier und die Profitinteressen von Öl- und Rüstungskonzernen.

Jedes Opfer eines Krieges ist ein Verbrechen! In unserem Namen hat Bundeskanzler Schröder Nein! zum Irak-Krieg gesagt! Wir haben es begrüßt, dass zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands eine Regierung einen politischen und ökonomischen Interessenkonflikt versuchte – nicht-militärisch zu lösen. Und das ist gut so. Aber den Worten müssen auch Taten folgen: Der Krieg gegen die irakischen Menschen hat kein UNO-Mandat!

Er ist also ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Im Artikel 25 GG heißt es: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts“. Das muss Konsequenzen für die Politik der Bundesregierung haben.

Sie ist verfassungsrechtlich gezwungen, den britischen und US-Streitkräften die Nutzung der Militärstützpunkte und die Überflugrechte für Militärmaschinen zu entziehen.

Was für kleinen Länder wie Belgien, Österreich oder die Schweiz möglich ist, was in Italien ernsthaft diskutiert wird, muss für ein politisch und ökonomisch starkes Land wie die Bundesrepublik erst recht möglich sein.

Wir fordern Gerhard Schröder auf: Handeln Sie nach dem GG: Rufen Sie die deutschen Soldaten sofort aus den Awacs Flugzeugen zurück in die Kaserne!. Awacs Maschinen sind Gefechtsleitstände. Das Nein! der deutschen Regierung zum Krieg muss ein-

deutig sein und darf keine Hintertüren offen lassen. Deutschland darf nicht zur faktischen Kriegspartei werden. Jede direkte oder indirekte Kriegsteilnahme muss sofort gestoppt werden!

Ein Angriffskrieg ist nach Artikel 26 des GG verboten: Nicht in meinem Namen hat Bundeskanzler Schröder die deutschen Truppen in Kuwait mit weiteren 120 Soldaten verstärkt, lässt er deutsche Schiffe am Horn von Afrika Transport- und Nachschubwege der amerikanischen und britischen Soldaten sichern!

Rufen Sie die Fuchs-Spürpanzer und alle deutschen Soldaten aus Kuwait zurück, Herr Schröder! Ebenso die deutschen Schiffe am Horn von Afrika.

Nicht in meinem Namen, hat der Bundeskanzler Patriot Raketen in die Türkei liefern lassen. Wir sind auch nicht einverstanden, das hier bei uns im Lande, im Schatten des Irak-Krieges die Bundeswehr aufgerüstet und die Abrissbirne gegen die Säulen des Sozialstaats geschleudert wird.

Wir sagen Herrn Schröder und Frau Merkel: Wir wollen keinen Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee. Wir brauchen keine EU-Armee.

Und keine zusätzlichen Gelder für die sogenannten „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Wir wollen uns nicht unterhalten über die Ausrüstung der Bundeswehr sondern über ihre Abrüstung.

Wir fordern Kürzungen und Streichungen im Rüstungshaushalt und Verwendung der Rüstungsgelder für Soziale Zwecke:

Wir brauchen keine 180 Eurofighter – dafür aber dringend mehr Lehrer. Bei den Rentnern, den Arbeitslosen, bei der Pflegeversicherung und bei den Kranken wollen sie kürzen und streichen, nur beim Rüstungshaushalt haben sie keinen müde Euro gekürzt, hier reden sie sogar von Ausweitung. Nicht mit uns, Herr Schröder! Ein Nein zum Krieg heißt auch Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr! Wir brauchen keine 60 Kriegstruppentransporter, denn die Grenze der Bundesrepublik liegt an der Oder-Neiße und nicht am Hindukusch. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Deswegen brauchen wir auch kein Entsendegesetz!

Es ist und bleibt Aufgabe des Parlaments Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beschließen, besser sie zu verbieten! Nicht in meinem Namen sind

die Einsätze der Bundeswehr im Innern! Unserer Demonstrationen vor amerikanischen Einrichtungen sind friedlich. Bundeswehr gegen Friedensdemonstranten, gegen Kinder und Jugendliche. Das verbietet das GG.

Wir wissen uns einig mit Millionen Menschen in Sydney, Kairo, Amman, Madrid, Berlin, Seoul, Bremen, Frankfurt, London, Neu Dehli!

Wir sind die weltweite Achse der Friedens! Wir werden nicht nachlassen mit unserem Protest und Widerstand. Wut und Trauer über die Schamlosigkeit und die Arroganz der Weltbeherrscher, das ist es, was uns nicht zur Ruhe kommen lässt.

Uns ermutigen die Hafentarbeiter in Livorno, die sich weigerten ein havariertes Schiff für Kriegstransporte zu reparieren, die Menschen in New York, die den Straßenverkehr blockieren, die Griechischen Kollegen, die mit vier Stunden Warnstreik dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes gefolgt sind.

Kriege werden von Menschen gemacht. Und nur wir Menschen können sie verhindern! Dass es uns bisher nicht gelungen ist, heißt nur: Wir waren noch zu wenige! Wir sind noch nicht entschieden genug in unserem Protest. Aber:

► Wir haben den Krieg verzögert – und jeder Tag später, war ein gewonnener Tag für die irakischen Menschen!

► Die Bush-Administration hat sich weltweit isoliert. 180 von 191 Mitgliedstaaten der UNO haben sich gegen den Krieg ausgesprochen

► Millionen protestieren weltweit gegen den Krieg – täglich demonstrieren Menschen auf der Straße. Die Bush-Administration hat den Propagandakrieg, den Krieg um die Herzen und die Köpfe der Menschen offensichtlich verloren.

► Und weiterer kleiner Teilerfolg. Richard Perle, einer der schärfsten Kriegstreiber in den USA, mußte gestern zurücktreten.

Das ist unsere Leistung! Die Leistung der Achse des Friedens!

Lasst uns weitermachen – lasst uns nicht eher ruhen, bis dieser Krieg gestoppt ist. Sprechen wir immer mehr Menschen an damit wir gemeinsam mit ihnen, nächste Woche, nächsten Monat demonstrieren für eine friedliche Welt ohne Terror und Krieg! Eine andere Welt ist möglich!

Anne Rieger, 29.3.03

Abschied vom ...

Fortsetzung von Seite 1

emotionaler Bewältigung (leider) nicht gegeben. Ich habe mich also auf die Suche nach einer Idee gemacht, von der – ich zumindest – bis dahin weder etwas gelesen noch gehört habe: ein immer wiederkehrendes Argument, mit dem die Vorbereiter des Krieges dem irakischen Regime jede Glaubwürdigkeit zu nehmen trachteten, war der Vorwurf, die Inspektoren durch „Tricks und Lügen an der Nase herumzuführen“. Ich war schon überrascht, daß ich nie auf diese gebetsmühlenartig wiederholte Anklage eine Reaktion von Seiten der Kriegsgegner erfuhr. Meine spontane Reaktion war der Bezug zu einem historischen Ereignis, das in meiner frühen Jugend eine wichtige Rolle spielte: der „Ruhrkampf“. Als Folge des entscheidend von Deutschland ausgelösten und dann verlorenen 1. Weltkrieges kam es zum Versailler Vertrag, der Deutschland erhebliche Reparationsleistungen auferlegte. 1921 geriet Deutschland in Rückstände der Reparationszahlungen. Der Reichsregierung wurde das Londoner Ultimatum gestellt. Nachdem die dabei festgelegten Bedingungen nicht erfüllt wurden, kam es zur Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen. Die deutsche Antwort war ein von der Reichsregierung verfasster Aufruf zum passiven Widerstand“. Dieser „Ruhrkampf“ wurde von einer ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung getragen. Der Deutsche Chauvinismus und Rassismus (die Plakate der CDU in der Adenauer-Zeit mit dem bolschewistischen Untermenschen, der seine gierige Pranke nach dem Abendland streckt, hatten in jener Zeit mit der Abbildung der französischen Kolonialsoldaten ihre Vorläufer) erlebte eine Blütezeit. Und logischerweise bedienten sich die deutschen Faschisten dieser Möglichkeit, den Hass auf den „Erbfeind“ mit der Glorifizierung des „heldenhaften“ Widerstandes zu schüren. So wurde schon im März 1933 mein ehrwürdiges „Humanistisches Gymnasium“, das demnächst sein 500-jähriges Jubiläum feiert, in „A. L. Schlageter-Gymnasium“ umbenannt. Dieser Schlageter verübte mehrere, zum Teil schwerwiegende Sabotageakte, wofür er 1923 erschossen wurde. Bis in unsere Tage wird

die Erinnerung an ihn wachgehalten: am Jahrestag seiner Hinrichtung pilgern Neonazis an sein Grab. Also: bei allen Vorbehalten, die ich gegenüber der deutschen Spielart der „passiven Resistenz“ habe, ist nachvollziehbar, daß die Iraker diese entwürdigenden Unternehmungen der, unter dem Druck der USA stehenden und selbstverständlich von vielen CIA-Leuten durchgesetzten Gruppe der Inspektoren nicht gerade mit Begeisterung getragen haben. Frei nach Erich Kästner: man muß ja nicht unbedingt den Kakao trinken, durch den man gezogen worden ist.

Aufgewachsen in einer von Politik sehr bestimmten frankophilen Familie kann ich mich daran erinnern, wie meine zwei ältesten Brüder, aktiv um die Anerkennung der deutschen Schuld und damit auch der Bedingungen des Friedensvertrages bemüht, kaum die Zustimmung der Linken (selbst die KPD stand dazu in Opposition) fanden. Die Erinnerung an diesen „glorreichen“ Widerstand wurde im reaktionären Bürgertum nie in Frage gestellt. Das war wirklich der be-



stimmende Mainstream jener Tage.

Nun noch ein Wort zu einem Begriff, der zwar auch schon zig-mal aufgetaucht ist (z.B. in solchen Talkshows, wo dieser unsägliche CIA-Mensch Don Jordan die löchrige Bush-Fahne hochhält), aber mich wegen seiner Wichtigkeit zu einer Erörterung herausfordert: der „Antiamerikanismus“. Vorweg: es zeugt von der Hybris der US-Amerikaner (und ebenso von der botmässigen Akzeptanz durch die Europäer), daß hier „Amerika“ mit dem ganzen Kontinent gleichgesetzt wird.

Aber nun zu diesem Totschlag-„Argument“ oder besser: dieser magischen Beschwörungsformel. Wie es zu den Zeiten der RAF-Hysterie in den siebziger Jahren nicht möglich war, eine differenzierte Position einzunehmen, ohne sich nicht vorher von den „Terroristen“ distanziert zu ha-

ben, kommt es heute reflexartig zu einem Bekenntnis der Solidarität mit dem „amerikanischen“ Volk. Einmal habe ich etwas gegen das Wiederkäuen von Selbstverständlichkeiten, zu denen gehört, daß es eine (wie ich es jetzt wiederholte Male aus dem Munde deutscher Kommentatoren erfahren habe, ganz überwiegend von Intellektuellen und Künstlern repräsentierte) oppositionelle Strömung in den USA gibt, dann meine ich aber auch, daß es notwendig ist, in Zeiten so ohnmächtiger Wut und Verzweiflung eindeutig Stellung zu beziehen. Ich gebe zu, daß ich in meiner Haltung durch die Lektüre des Buches „Stupid White Men“ von Michael Moore bekräftigt worden bin. Wenn man das gelesen hat, muß man zum Schluss kommen, daß ein gigantisches, verbrecherisches (Wahl-)Manöver die USA zu Gefangenen der Bush-Clique gemacht hat. Aber das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. So wie ich in vielen Diskussionen den Versuch der Deutschen als die von Hitler Vergewaltigten zu exculpieren, mit der Behauptung (und – wenn ich dazu noch Gelegenheit bekam, mit einigen Argumenten in dieser Richtung) widerlegte, daß sie genau den zum „Führer“ machten, den sie wollten und verdienten, habe ich den Eindruck, daß die USA zu einem Hort der menscheitsgefährdenden Hybris, Arroganz, Bigotterie und Dummheit (Stupid White Men) geworden, ihren Führer Bush verdient habe. Mir sträuben sich die wenigen verbliebenen Haare, wenn ich von den Bekennern zu „Amerika“ dann auch noch höre, daß sie so dankbar dafür sind, daß die „Amerikaner“ uns von Hitler befreit haben (noch kein einziges Mal habe ich erlebt, daß an Stalingrad oder an die 20 Millionen Opfer der Sowjetunion gedacht wurde), und auch dankbar, daß sie uns an ihrer „großen Kultur“ teilhaben lassen. Ich bin skeptisch, ob man einem Volk, das sich gerade von dem großen Wurf der „Menschenrechte“ und den Ideen eines Abraham Lincoln verabschiedet und sich den Wiedergängern eines McCarthy unterwirft, Kultur zugestehen kann. Immerhin wurden Gesetze, die noch aus einer Zeit stammten, die den Geist einer fortschrittlichen Tradition ahnen ließ, ohne Gegenstimmen aufgehoben. Von den Vertretern der „repräsentativen Demokratie“, mit der Bush die Welt beglücken will.

Michael Venedey